

Motion:

Zur Unterstützung und Stärkung der familieninternen Kinderbetreuung (Selbstbetreuung) im Kanton Uri.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Meine Damen und Herren

Ausgangslage

Der Regierungsrat erarbeitet zurzeit eine Gesetzesvorlage für eine günstigere familienexterne Kinderbetreuung. In diesem Zusammenhang hat der Landrat in seiner Session vom 24. März 2021 eine Motion von Céline Huber (CVP - die Mitte Uri) zur Stärkung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung (Fremdbetreuung) im Kanton Uri als erheblich erklärt.

Ebenfalls steht eine Gesetzesrevision des neuen Schulgesetzes an. Da versucht man in Artikel 27 unter Tagesstrukturen und Tagesschulen für die Schülerinnen und Schüler ergänzend zum Schulunterricht ein Betreuungsangebot zu schaffen. Somit werden Unterricht und Betreuung durch pädagogische, organisatorische und personelle Massnahmen verbunden und an mehreren Tagen pro Woche angeboten. Mit solchen angedachten Betreuungseinrichtungen werden einmal mehr unsere Gemeinden massiv finanziell unter Druck kommen.

Antrag

Gestützt auf Art. 115 ff. der Geschäftsordnung des Urner Landrats ersuchen die unterzeichnenden Landräte und die Landrätin den Regierungsrat, folgenden Punkt in einem neuen Gesetz aufzunehmen.

- Die familieninterne Kinderbetreuung (Selbstbetreuung) soll im neuen Gesetz ebenfalls berücksichtigt werden. Dies hat mittels einer finanziellen Förderung, sei dies direkt durch eine neue respektive Erhöhung einer bestehenden Zulage oder aber durch eine indirekte Anreizsetzung (bspw. durch steuerliche Abzugsmöglichkeiten), zu erfolgen. Hierdurch soll eine drohende Ungleichbehandlung unterschiedlicher Familienmodelle vermieden werden, stattdessen sollen Familien im Allgemeinen entlastet werden.

Begründung

Das heutige System, welches nur darauf abzielt, familienexterne Kinderbetreuung (Fremdbetreuung) finanziell zu unterstützen, ist eine einseitige Familienpolitik und bevorzugt nur spezifische Familienmodelle. Es stellt traditionelle Familienmodelle gegenüber neuen Familienmodellen schlechter. Stattdessen sollte eine staatliche Förderung von Familien modellneutral erfolgen und die Entscheidung für ein Familienmodell den einzelnen Familien überlassen werden. Es sollen auch diejenigen Familien unterstützt werden, welche die familieninterne Kindererziehung als eine ihrer zentralen Rollen in unserer Gesellschaft verstehen. Nur durch eine neutrale Ausgestaltung der Familienförderung, wird die Eigenverantwortung und Freiheit der einzelnen Familien gestärkt und die Entscheidung für das eine oder andere Familienmodell kann souverän und unvoreingenommen erfolgen.

Die heutige Ungleichbehandlung und die drohende Verstärkung ebendieser, bestraft Familien im traditionellen Familienmodell gleich doppelt: Sie nehmen den Einkommensausfall in Kauf, um ihre Kinder selbst zu erziehen und zu beaufsichtigen und subventionieren über die Steuern auch noch die staatliche Betreuungseinrichtungen für jene, welche sich für eine familienexterne Kinderbetreuung entscheiden.

Die Familie muss jedoch auch in Zukunft ihre Rolle als tragende Säule unserer Gesellschaft wahrnehmen können und sich frei und unvoreingenommen für das eine oder andere Modell entscheiden können.

Ort/Datum Büdingen 09.02.2022


Hansueli Gisler SVP
Erstunterzeichner


Claudia Brunner SVP
Zweitunterzeichnerin


Walter Baumann SVP
Zweitunterzeichner